

Anrede

„Haushaltsberatungen in der vorweihnachtlichen Zeit unter den Vorzeichen Sparen, Sparen, Sparen sind wahrlich keine Wohlfühlveranstaltung. Haushaltskonsolidierung bestimmt seit Jahren die Haushaltsberatungen.“

Das sind die Eingangsworte meiner Haushaltsrede aus dem letzten Jahr. Das stimmt leider auch für 2016. Bewahrheitet hat sich auch die folgende Aussage; „Den Haushalt 2016 werden insbesondere Unwägbarkeiten im Bereich der Gewerbesteuerentwicklung, was wird aus den Zahlungen von Baker Hughes, sowie der politischen Entwicklung, Stichwort Russland, beeinflussen.“ Einbruch der Steuereinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe befürchtete aber kaum jemand.

Auch war vor einem Jahr neben der haushaltspolitischen Herausforderung noch nicht die gewaltige Herausforderung der Jahre 2015 und 2016 klar: die Flüchtlings- und Zuwanderungsbewegungen. Krieg, Vertreibung und Hoffnungslosigkeit haben in den letzten Monaten auch zahlreiche Menschen nach Celle geführt. Aktuell haben wir 750 Asylsuchende in der Stadt, hinzu kommen noch Hunderte von Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Scheuen und Wietzenbruch.

Wir sind uns über alle Fraktionsgrenzen einig: Die größte politische und haushaltspolitische Herausforderung dieser Tage ist die menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration Asylsuchenden, auch hier in Celle.

2015 ist das gelungen. Hier gilt unser Dank insbesondere den zahlreichen Cellerrinnen und Cellern, die sich als Ehrenamtliche an den verschiedenen Orten und in verschiedenen Bereichen engagiert einbringen. Sie beantworten auf eindrucksvolle Weise, nicht nur, dass „Wir es schaffen“, sondern zeigen „Wie wir es schaffen“. Ein nicht zu verschweigender Nebeneffekt ist: Sie entlasten durch ihren Einsatz nicht unerheblich die Stadt und ihre Mitarbeiter.

Auch die Verwaltung ist nach einigen Anlaufschwierigkeiten auf gutem Weg. Wir hoffen, dass mit der beschlossenen Zuwanderungsagentur 2016 die Hilfeleistung und Integration der Zugewanderten verstärkt wird.

Anrede

Die Debatte wird heute stark durch den Gewerbesteuereinbruch bestimmt, Die Verwaltung hat deshalb ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Der Realsteuerhebesatzung kommt hierbei besonderes Gewicht bei. Das ist verständlich, denn bei der prekären Haushaltssituation darf die Einnahmeseite nicht Tabu sein. Die von uns allen noch vor 3 Jahren angestrebte Schwarze Null im Haushalt 2017 ist illusorisch. Die strukturelle Unterfinanzierung der Stadt und die Entwicklung der Gewerbesteuer zwingen uns aber zu schmerzlichen Maßnahmen, auch um unseren Willen nach einem ausgeglichenem Haushalt hinsichtlich der

Genehmigungsbehörde zu dokumentieren. Der Haushalt lässt sich nicht mehr ausquetschen. Daher plädiert meine Fraktion für eine Anhebung der Gewerbesteuer auf 450 Punkte und für eine Anhebung der Grundsteuer B auf 490 Punkte. Wir wissen, dass wir den gewerbesteuerzahlenden Betrieben und den Bürgerinnen und Bürgern damit etwas abverlangen, aber auf der anderen Seite geben wir mit einer funktionierenden Infrastruktur einiges zurück. Hinzuweisen ist, dass wir uns mit diesen Hebesätzen keinesfalls an die Spitze vergleichbarer nds. Städte setzen.

Von besonderer Bedeutung sind für uns die vorgesehene Erhöhung Kita-Gebühren. Im Rahmen der HSK-Debatte schlug die Verwaltung die Erhöhung des Elternanteils von 25% auf 30% vor. Darauf reichte die grüne Fraktion Anfang Dezember einen Antrag ein, -O-Ton- „die im Rahmen des HSK 2016 vorgesehene Anhebung des Elternanteils von 25% auf 30% nicht umzusetzen.“ Ein Blick auf die vorliegende Liste des Haushaltssicherungskonzepts 2016 zeigt, dass durch die Neuberechnung der Elternentgelte 240000€ zu deren Lasten eingestellt werden. Für das Haushaltsjahr 2017 sind dann bereits 652300€ veranschlagt. Damit ist in der Frage der Kita-Gebühren und auch in der Frage der Zustimmung zum Haushalt 2016 für die grüne Fraktion der Rubikon überschritten. Wir sagen Nein zu einer weiteren Belastung der Kita-Eltern.

Die obligatorische Frage des Einsparens oder Gegenfinanzierung beantworten wir mit unserer Abstimmung zur Gewerbesteuer. Die Grünen haben hier den Vorschlag der Verwaltung mit 450 Punkten unterstützt, durchsetzen wird sich aber der großkoalitionäre Vorschlag von CDU und SPD mit 440 Punkten.

Anrede

Blicken wir auf das Jahr 2016 gibt es Erfreuliches und Herausforderndes festzuhalten. Wir hoffen, dass es mit den Baumaßnahmen Kramer und mit der Baumaßnahme Feuerwehrgelände losgeht. Ebenso hoffen wir, dass es zu einer zügigen Umsetzung der Ergebnisse des Investorenwettbewerbs „Allerinsel-Wohnen am Stadthafen“ kommt. Mehr Stadt am Fluss steht schon lange auf der Agenda. Allerdings steht für uns Grüne fest, dass mit dem jetzigen Bauabschnitt die Entwicklung des Rohdiamanten Allerinsel nicht abgeschlossen ist. Die dort noch schlummernden städtebaulichen Möglichkeiten müssen geweckt und entwickelt werden. Wir freuen uns auf den Ideenwettstreit hierzu im Kommunalwahlkampf.

Für die Planung des gegenläufigen Ausbaus des Nordwalls wünschen wir uns mehr Klarheit. Bei einem zufälligen Blick in den Hausentwurf 2013 war noch 2016 das Ende der Baumaßnahmen vorgesehen. Celle sollte hier nicht in Konkurrenz zu Negativbeispielen geplanter Bauvorhaben in der Republik treten.

2016 steht sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene die Umsetzung der Ergebnisse der Pariser Weltklimakonferenz an. Es wird immer klarer, dass wir

deutlich mehr und deutlich schneller Anstrengungen unternehmen müssen, um das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen. Gerade wir Kommunen sind hier gefragt, aktiv zu werden und mit Energiesparmaßnahmen und nachhaltige Mobilität ihren Beitrag zu leisten. Die im letzten Jahr an dieser Stelle u.a. von CDU und SPD beschlossene Reduzierung des städtischen Anteils am Klimaschutzfond um 10000€ war und ist ein falsches Signal. Gibt es auch Ansätze, wie z.B. die energetischen Einsparmaßnahmen, dem Geothermieprojekt Heese-Nord, einem touristischen Nachhaltigkeitszertifikat oder einem Projektfond Radverkehr, so ist hier noch einiges mehr zu entwickeln.

Spannend wird 2016 auch die weitere Schulentwicklung in dieser Stadt, auch wenn wir hier durch Mehrheitsbeschluss die Zuständigkeit für die weiterführenden Schulen an den Landkreis abgeben haben. So sehr wir uns auch darüber freuen, dass die Mehrheitsfraktion im Kreistag ihre Blockade gegenüber Elternwünschen nach einer Gesamtschule aufgegeben hat, warnen wir jedoch davor, das Problem durch einen Türschildwechsel an der OBS Heese wie Außenstelle IGS oder IGS Celle 2 im Sommer 2016 zu lösen. Schulpolitische Veränderungen müssen pädagogisch vorbereitet und begründet werden. Das Gespräch mit allen Beteiligten ist zu suchen. Die Hauruckpolitik der Kreistagsmehrheit hilft hier nicht nur im Kreis, sondern auch in Celle nicht weiter.

Aber auch hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Mein letztes gesprochenes Wort zum Haushalt 2016 lautet: Nein